September 2011

zeitbild WISSEN

53. Jahrgang

Demokratie stärken

Linksextremismus verhindern

zeitbild stiftung

aktualisierte Ausgabe
Februar 2012

INHALT

4 Ausgangspunkt – Extremismus heute

6 Fokus – Linksextremistische Gewalt

8 Spurensuche – Fakten und Historie

10 Vergangenheit und Gegenwart – Linksextremismus in Deutschland

12 Positionen – Argumente des Linksextremismus

14 Herausforderungen – Demokratie heute

16 Politische Bildung – Die streitbare Demokratie

18 Demokratie braucht Demokraten –
Wie kann Linksextremismus in der Schule thematisiert werden?

20 Didaktische Empfehlungen für Lehrkräfte

22 Arbeitsblätter und Kopiervorlagen für den Unterricht

33 Weiterführende Literatur und Internetseiten

34 Zusatzinformationen – Quellen und Erläuterungen

35 Bildnachweise

36 Impressum

Erläuterung zum Titelbild:

A.C.A.B. steht für die englischsprachige Parole „All Cops Are Bastards“. Linksextremisten signalisieren damit ihre Feindschaft gegenüber der Polizei.

LIEBE LEHRERINNEN UND LEHRER,

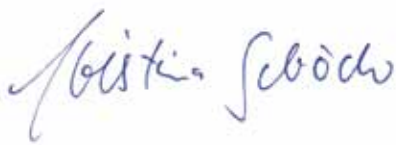
unsere Demokratie lebt vom Meinungsaustausch und vom Streit um die beste Lösung. Deshalb braucht die Demokratie Menschen, die sich aktiv einmischen und sich vernehmbar zu Wort melden.

Gerade weil die Entscheidungsfindung in einer Demokratie oft schwierig und zeitaufwendig ist und am Ende häufig ein Kompromiss steht, sind extremistische Positionen aller Art verführerisch. Extremisten bieten scheinbar einfache Antworten und schnelle Lösungen – auf Kosten unserer demokratischen Werte und unserer rechtsstaatlichen Grundprinzipien.

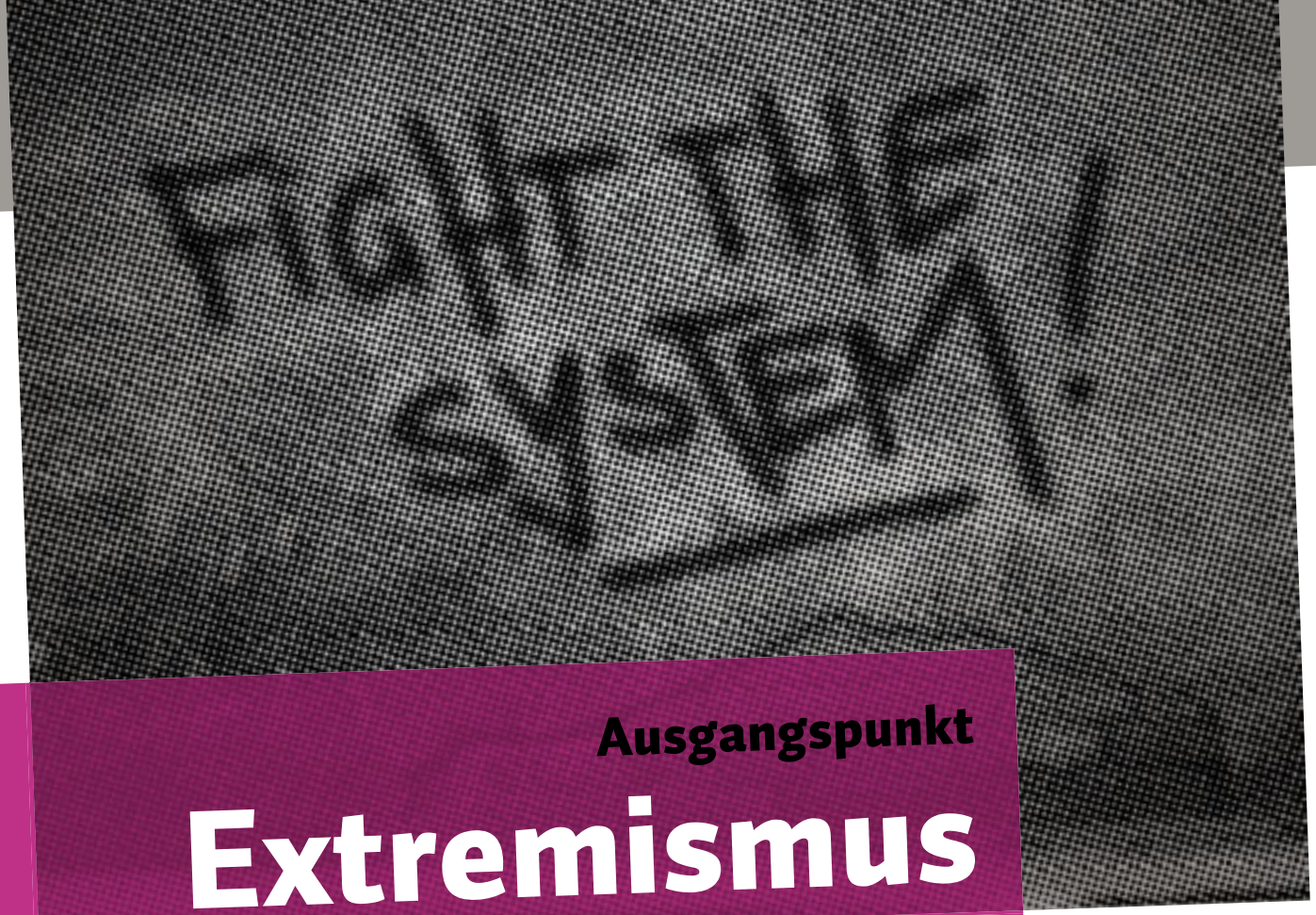
Linksextreme Positionen wurden in diesem Zusammenhang bisher zu wenig beachtet. Aber wir müssen gegenüber sämtlichen extremistischen Tendenzen und Auffassungen wachsam sein und dagegen vorgehen, egal von welcher Seite sie kommen.

Dazu brauchen wir auch selbstbewusste Kinder und Jugendliche, die nicht auf diese Parolen hereinfallen, sondern in der Lage sind, extremistische Inhalte und Positionen zu erkennen und diese kritisch zu hinterfragen und zu revidieren.

Dieses Magazin soll Sie und Ihre Schülerinnen und Schüler für das Thema Linksextremismus sensibilisieren. Es soll Sie zu diesem komplexen Thema informieren und eine Grundlage für eine lebhafte und kritische Diskussion in der Schule liefern. Zudem erhalten Sie methodische Anregungen zu pädagogischen Zugängen und Umgangsweisen mit dem Thema Linksextremismus.



Dr. Kristina Schröder
Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend



Ausgangspunkt

Extremismus heute

Extremismus zeichnet sich dadurch aus, dass er den demokratischen Verfassungsstaat ablehnt und beseitigen will. Alle Varianten des Extremismus negieren demzufolge die Pluralität der Interessen, das damit verbundene Mehrparteiensystem und das Recht auf Opposition. Gleichzeitig ist der Extremismus durch ein hohes Maß an ideologischem Dogmatismus und in der Regel durch ein Missionsbewusstsein gekennzeichnet. Damit widersprechen alle Varianten des Extremismus zum Teil oder generell den acht Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in Deutschland, die das Bundesverfassungsgericht im Verbotsurteil zur Sozialistischen Reichspartei (SRP) 1952 definiert hat.

DIE ACHT PRINZIPIEN DER FREIHEITLICHEN DEMOKRATISCHEN GRUNDORDNUNG

- *die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte*
- *Volkssouveränität*
- *Gewaltenteilung*
- *Verantwortlichkeit der Regierung*
- *Gesetzmäßigkeit der Verwaltung*
- *Unabhängigkeit der Gerichte*
- *Mehrparteienprinzip*
- *Chancengleichheit der Parteien einschließlich Oppositionsfreiheit*

Quelle: Bundesverfassungsgericht im Verbotsurteil der SRP von 1952

LINKSEXTREMISMUS

Linksextremisten „(…) wollen anstelle der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung eine sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaft oder eine ‚herrschaftsfreie' anarchistische Gesellschaft etablieren und orientieren ihr politisches Handeln an revolutionär-marxistischen oder anarchistischen Ideologien. Revolutionär-marxistische Organisationen setzen auf traditionelle Konzepte eines langfristig betriebenen Klassenkampfes. Autonomes Selbstverständnis hingegen ist geprägt von der Vorstellung eines freien, selbstbestimmten Lebens in ‚herrschaftsfreien' Räumen. Entsprechend wird jede Form staatlicher oder gesellschaftlicher Normen abgelehnt."

Quelle: Verfassungsschutzbericht 2006

Manche Vertreter des Linksextremismus verüben in einem hohen Maß Sachbeschädigungen und richten zum Teil ihre Gewalt auch gegen Personen – in der schärfsten Form handelt es sich hierbei um Linksterrorismus. Linksextremistische Parteien wiederum streben zwar ein kommunistisches Endziel an, agieren dabei aber im Rahmen der gesellschaftlichen Regeln. Linksextremisten bestreiten und relativieren den Unrechtscharakter kommunistischer Systeme.

EINE BEFRAGUNG IM JAHR 2009 UNTER 2.660 PERSONEN IN GANZ DEUTSCHLAND ERGAB EINE PROZENTUALE ZUSTIMMUNG ZU FOLGENDEN AUSSAGEN:

Sozialistische Wirtschaftsordnung
„Am besten funktioniert eine Wirtschaft, wenn sie zentral geplant und gesteuert wird." **20 %**

Sozialistische Gesellschaftsordnung
„Durch radikale Umverteilung müssen soziale Unterschiede beseitigt werden." **32 %**

Sozialistische Herrschaftsordnung
„Wir sollten in Deutschland eine sozialistische Ordnung errichten." **20 %**

Internationalismus
„Nur ein Zusammenschluss aller Unterdrückten dieser Welt führt zu einer besseren Gesellschaft." **39 %**

Quelle: Forschungsprojekt LIREX „Links- und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland", 2010, Friedrich-Schiller-Universität Jena

RECHTSEXTREMISMUS

Im Zentrum des Rechtsextremismus steht die Verneinung der Gleichheit aller Menschen. Dabei leiten Rechtsextremisten aus der natürlichen Verschiedenheit der Menschen eine Ungleichwertigkeit ab und streben eine ethnisch wie mental homogene Gesellschaft an – die sogenannte Volksgemeinschaft. Die Zuschreibung einer Höherwertigkeit der eigenen Gruppe mündet hauptsächlich in Rassismus – eine spezifische Variante des Rassismus ist der Antisemitismus.

Rechtsextremisten streben einen starken Staat nach dem Führerprinzip an, der die Interessen der „Nation" oder „Volksgemeinschaft" auch mit Gewalt durchzusetzen bereit ist. Rechtsextremisten beschönigen und verharmlosen den Charakter des Nationalsozialismus und dessen Folgen – insbesondere die einzigartige systematische Vernichtung der Juden Europas.

DIE GLEICHE BEFRAGUNG ERGAB EINE PROZENTUALE ZUSTIMMUNG ZU FOLGENDEN AUSSAGEN:

Ausländerfeindlichkeit
„Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet." **38 %**

Antisemitismus
„Den Juden geht es heute vor allem darum, ihre finanziellen Vorteile aus der deutschen Vergangenheit zu ziehen." **28 %**

Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur
„Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert." **16 %**

Verharmlosung des Nationalsozialismus
„Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung übertrieben worden." **13 %**

ISLAMISTISCHER EXTREMISMUS

Der islamistische Extremismus ist eine Sammelbezeichnung für eine politische, sozialrevolutionäre und in sich teilweise sehr zerstrittene Bewegung, die von einer Minderheit der Muslime getragen wird. Ihre Anhänger lehnen den neutralen, demokratisch verfassten Staat ab und fordern unter Berufung auf einen von ihnen politisch idealisierten Islam die „Wiederherstellung" einer „islamischen Ordnung", die insbesondere auf die Auflösung der Trennung zwischen Staat und Religion abzielt. Anhänger des islamistischen Extremismus verstehen den Islam als Gegenmodell zu westlichen, demokratischen Staats- und Gesellschaftsformen, der alle Lebensbereiche regeln müsse.

Einige Vertreter der islamistischen Extremisten glauben sich legitimiert, die „islamische Ordnung" auch mit Gewalt durchzusetzen. Dabei greifen manche zu Mitteln des Terrorismus, wobei die Gewalt gegen die sogenannten Verräter des wahren Islam sich sehr häufig auch gegen gläubige Muslime richtet, die nicht in das enge Weltbild der islamistischen Extremisten passen.

UMFRAGE VON 2007 UNTER 1.500 PERSONEN: WELCHER TERRORISMUS IST GEFÄHRLICH?

Islamistischer Terror
70 %

Terror der RAF
20 %

Quelle: Emnid 2007 für BamS

Brennende Autos in Berlin
Seit dem Jahr 2009 gab es in Berlin zahlreiche Brandanschläge, bei denen bisher hunderte Pkws zerstört wurden. Wer hinter diesen Anschlägen steht, kann die Polizei nur schwer ermitteln. Ein beträchtlicher Teil geht auf linksextremistische Gewalt zurück – oftmals handelte sich hierbei um „Krawall- bzw. Eventtourismus“. Auch vor 2009 ist es in Berlin zu solchen Brandanschlägen gekommen.

Fokus

Linksextremistische Gewalt

Linksextremistische Gewalt
Die Zahl linksextremistischer Gewalttaten steigt seit 2002 stetig an und richtet sich zunehmend gegen die Personen, die das staatliche Gewaltmonopol beruflich verteidigen müssen – die Polizeibeamten.

G8-Krawalle
Am Rande der Verhandlungen des G8-Gipfels kam es 2007 in Rostock zu den schwersten Straßenschlachten der vergangenen 20 Jahre. Rund 2.000 Autonome und andere linksextreme Jugendliche lieferten sich in der Rostocker Innenstadt stundenlange Straßenschlachten mit mehr als 5.000 Polizeikräften. Die Folgen: beinahe 1.000 Verletzte, darunter 433 Polizisten, ein Sachschaden von einer Million Euro und 128 Festnahmen.

Chaostage
Seit den 1980er-Jahren kommt es in Deutschland zu sogenannten Chaostagen in verschiedenen Städten, bei denen Punks, Autonome und andere linksextreme Gruppen mit Hooligans und Skinheads Verwüstungen in einigen Stadtteilen anrichten.

Schanzenviertel Hamburg
In den Hamburger Stadtteilen Sternschanz und Eimsbüttel liegt das Schanzenviertel. Jedes Jahr findet dort, rund um das autonome Zentrum „Rote Flora", das Schanzenfest statt. Seit Jahren kommt es im Laufe des Abends immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, insbesondere mit der Polizei – bis hin zu Straßenschlachten.

Maikrawalle Berlin
Seit 1982 finden in Berlin in der Nacht zum 1. Mai die „Revolutionären 1. Mai"-Demonstrationen statt. An den Demonstrationen nehmen traditionell auch schwarz vermummte Autonome aus der linksextremen Szene – der sogenannte Schwarze Block – teil, die diesen Tag zum Randalieren nutzen. Sie schlagen Scheiben von Geschäften ein, zünden Mülltonnen und Autos an und liefern sich stundenlange Straßenschlachten mit der Polizei.

ERGEBNISSE EINER STUDIE ÜBER GEWALT GEGEN POLIZEIBEAMTE:

1. Die Täter handeln meist **allein**, sie sind in der großen Mehrheit **männlich** und sie sind durchschnittlich **unter 25 Jahre** alt.

2. Das zweithäufigste Motiv für Angriffe auf Polizeibeamte ist aus Sicht der Beamten **Feindschaft gegenüber der Polizei** bzw. dem Staat.

Quelle: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (2010)

Hausbesetzer
Die Szene der Hausbesetzer ist vielfältig. Darunter sind Punks, Idealisten, Linksextreme und Obdachlose. Die Gründe für die Hausbesetzung sind oft identisch: Sie besetzen Wohnraum bzw. ganze Wohnhäuser aus vermeintlich sozialen Gründen. Hausbesetzer grenzen sich bewusst von gesellschaftlichen Normen ab (Schutz des Privateigentums), versuchen alternative Formen des Zusammenlebens zu entwickeln und üben im Zusammenhang mit Räumungen zum Teil auch Gewalt gegenüber der Polizei aus.

STRAFTATEN MIT LINKSEXTREMEM HINTERGRUND

LINKSEXTREMISMUS-POTENZIAL in Deutschland

Gewaltbereite Linksextremisten

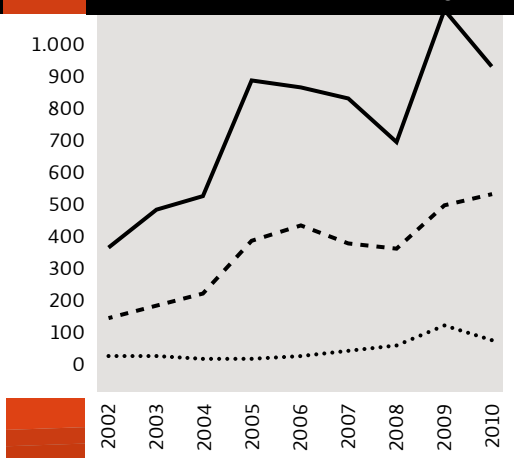
32.200
Linksextremisten insgesamt

60
Gruppen

6.800
gewaltbereite Personen

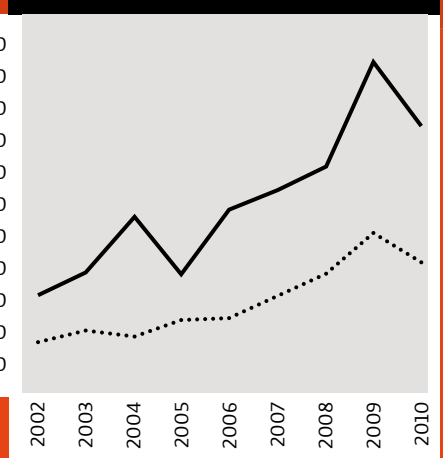
Quelle: Verfassungsschutzbericht 2010

GEWALTTATEN



Quelle: Verfassungsschutzberichte von 2002 bis 2010

SONSTIGE STRAFTATEN



Quelle: Verfassungsschutzberichte von 2002 bis 2010

Spurensuche

Fakten und Historie

Was wollen Linksextremisten?
„Linksextremisten richten ihr politisches Handeln an revolutionär-marxistischen oder anarchistischen Vorstellungen aus und streben anstelle der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung ein sozialistisches bzw. kommunistisches System oder eine ‚herrschaftsfreie' anarchistische Gesellschaft an. Hierzu bringen sie sich in gesellschaftliche Proteste ein und versuchen, diese in ihrem Sinne zu instrumentalisieren. Die Aktionsformen reichen von offener Agitation bis hin zu verdeckt begangenen, teilweise auch schweren Gewalttaten, wobei einzelne autonome Zusammenhänge auch die Verletzung von Personen in Kauf nehmen."

Quelle: Bundesamt für Verfassungsschutz (2010): Linksextremismus, online: www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af_linksextremismus/

BLICK IN DIE GESCHICHTE

Anarchismus
Anarchisten streben eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne gesellschaftliche Regeln an. Der Anarchismus war ursprünglich eine soziale Idee aus dem 19. Jahrhundert. Sein Ziel ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft, die im Unterschied zum Sozialismus und Kommunismus auf der Basis völliger Freiwilligkeit geordnet werden soll. Es wird jede Form der Regierung abgelehnt und behauptet, dass Menschen auch ohne gesellschaftliche Regeln konfliktfrei zusammenleben können.

Marxismus
Die marxistische Theorie versteht sich zugleich als Wissenschaft und Handlungsanleitung. Ziel ist eine klassenlose Gesellschaft, die die behauptete Unterdrückung der Arbeiterklasse durch die Kapitalisten beendet. Der dazu notwendige Klassenkampf würde dann nach einer vorübergehenden „Diktatur des Proletariats" in eine kommunistische klassenlose Gesellschaft münden. In der neuen Gesellschaft wäre das Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft und damit der Gegensatz von Kapital und Arbeit aufgehoben. Bereits Karl Marx machte deutlich, dass es für diese neue Gesellschaft auch eines „neuen Menschen" bedarf.

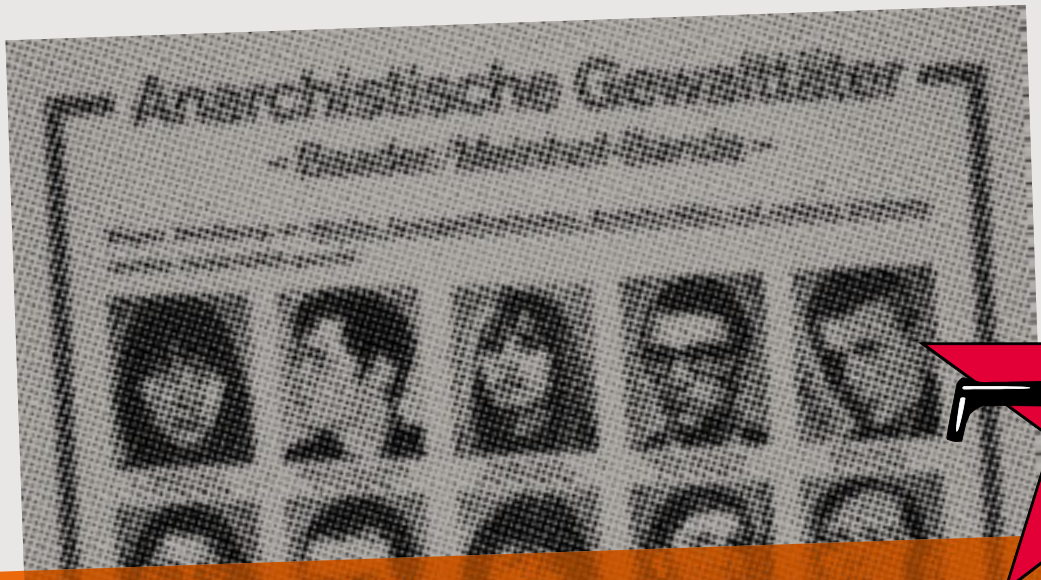
Ferdinand Lasalle

Sozialismus
Der Sozialismus ist eine geistig-politische Strömung, die mehr Gerechtigkeit und soziale Gleichheit unter den Menschen in Wirtschaft und Gesellschaft anstrebt. Historisch gesehen ist der Sozialismus eine Gegenbewegung vor allem zum Kapitalismus des 19. und des frühen 20. Jahrhunderts, der durch krasse Formen der Ausbeutung und durch soziale Ungerechtigkeit gekennzeichnet war. Sozialisten sind nicht als extremistisch einzustufen, da ihre politischen Ideen zur Emanzipation von benachteiligten Menschen auch das Ziel anderer Gruppen in demokratischen Gesellschaften ist. Heute hat die Sozialdemokratie, die aus den verschiedenen Strömungen des Sozialismus hervorgegangen ist, die längste demokratische Tradition in Deutschland. Die Kommunisten haben mit der Spaltung der Arbeiterbewegung ab 1917 einen Teil der sozialistischen Idee in Zusammenhang mit Diktatur und Gewalt gebracht.

Kommunismus
Es werden unterschiedliche Varianten des Kommunismus unterschieden, die sich in ihren verschiedenen Ausprägungen vor allem auf Marx, Engels, Lenin, Stalin, Trotzki oder Mao Zedong berufen. Der Kommunismus stellt für seine Anhänger die höchste Form der gesellschaftlichen Entwicklung dar, in der das Privateigentum weitgehend abgeschafft ist. Voraussetzung dafür ist zunächst der Aufbau des Sozialismus, der den kapitalistischen Staat ablöst und damit erstmals die Unterdrückung der Arbeiterklasse aufhebt. Das bereits von Karl Marx postulierte Bild vom „neuen Menschen" diente in der Praxis kommunistischer Staaten jedoch dazu, Zwang und Gewalt gegenüber der Bevölkerung und gegen tatsächliche und vermeintliche politische Gegner auszuüben.

RAF und Co.
Der Linksterrorismus in Deutschland ist eine Folge des Zerfalls der Studentenbewegung Ende der 1960er-Jahre. Die bekannteste Gruppierung war die „Rote Armee Fraktion“ (RAF), deren Mitglieder im Untergrund agierten und Anschläge auf prominente Persönlichkeiten und Institutionen verübten. In Berlin operierte die „Bewegung 2. Juni“. Sie gründete sich, nachdem am 2. Juni 1967 ein Polizist den Berliner Studenten Benno Ohnesorg erschossen hatte. Die Organisation erhob den Anspruch, mehr als die RAF die Interessen der „Ausgebeuteten“ zu vertreten. Eine dritte terroristische Kraft stellten die „Revolutionären Zellen“ (RZ) dar. Sie verstanden sich als ein Teil der neuen „Sozialen Bewegungen“ der 1970er-Jahre, tauchten nicht in den Untergrund ab und verübten ihre Taten aus einem scheinbaren bürgerlichen Alltagsleben heraus. Zu diesen als „Feierabendterroristen“ verspotteten Gruppen zählte auch die „Rote Zora“, eine militant agierende Frauengruppe.

KPD und K-Gruppen
Keine Gewalt gegen Personen wendeten die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) und die K-Gruppen (u. a. Kommunistischer Bund Westdeutschlands) an. Die 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotene KPD – sie hatte die „Diktatur des Proletariats“ propagiert – unterstützte das System der DDR.



Vergangenheit und Gegenwart

Linksextremismus in Deutschland

GEGENWART – LINKSEXTREMISMUS IN DEUTSCHLAND

Antideutsche

SLOGAN VON ANTIDEUTSCHEN BEI EINER DEMONSTRATION IN DRESDEN:

„Bomber Harris, do it again“

Innerhalb des linksextremistischen Spektrums hat sich eine „antideutsche“ Strömung etabliert, die sich fundamental gegen die traditionellen linken Überzeugungen stellt. Ausgangspunkt der antideutschen Ideologie ist die uneingeschränkte Solidarität mit dem jüdischen Volk und dem Staat Israel. Ihre Vertreter werfen der „deutschen Volksgemeinschaft“ und der übrigen Linken vor, offen oder latent antiamerikanisch und vor allem antisemitisch zu sein. Antideutsche treten zum Teil intellektuell auf und unterstützen teilweise die militante Antifa-Szene.

„militante gruppe“

Die „militante gruppe“ (mg) operierte zwischen 2001 und 2009 aus dem Untergrund. Sie war für etwa 25 Brandanschläge (z. B. auf Autos oder Gebäude) vor allem im Raum Berlin und Brandenburg verantwortlich. In den Selbstbezichtigungsschreiben, die den Anschlägen folgten, war vom Kampf gegen „Repression“ und für den „Antiimperialismus“ die Rede. Nachdem 2007 einige Mitglieder der mg auf frischer Tat ertappt wurden, gab die Gruppe im Juli 2009 ihre Auflösung bekannt – einige Mitglieder sind jedoch weiterhin aktiv.

Autonome

Anfang der 1980er-Jahre haben sich die Autonomen aus der „Sponti-Bewegung“, einem Zerfallsprodukt der Studentenbewegung, heraus gebildet. Bis heute ist es Ziel von autonomen Gruppierungen, den Staat und seine Institutionen – das sogenannte Schweinesystem – gewaltsam abzuschaffen und durch eine „herrschaftsfreie Gesellschaft“ zu ersetzen.

Kommunistische Plattform

Die „Kommunistische Plattform“ ist mit rund 1.000 Mitgliedern der stärkste extremistische Zusammenschluss in der Partei DIE LINKE. Sie hält unbeirrt am Kommunismus marxistisch-leninistischer Prägung fest und tritt Reformtendenzen in der Partei rigoros entgegen.

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)

Die MLPD entstand 1982 als Nachfolgeorganisation des Kommunistischen Arbeiterbundes Deutschlands. Die Partei beruft sich auf die Ideen Mao Zedongs, ebenso auf die Lenins und Stalins. Sie sah den Kommunismus in der Sowjetunion als „revisionistisch“ an und versteht sich als „proletarische Partei“. Etwa 2.000 häufig selbstlose Mitglieder streben die Weltrevolution an. Bei Bundestagswahlen erhielt sie nie mehr als 0,1 Prozent der Stimmen.

„Rote Hilfe“

Die „Rote Hilfe“ wurde in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre von kommunistischen Gruppen in Anlehnung an die „Rote Hilfe“ der Weimarer Zeit gegründet. Die parteiunabhängige Organisation prangert die „Repression“ des Staates an, operiert dezentral und umfasst mehrere tausend Mitglieder. Zudem unterstützt die Organisation hauptsächlich straffällig gewordene Linksextremisten, darunter auch inhaftierte ehemalige RAF-Mitglieder – insbesondere mit finanziellen Mitteln und Rechtsbeistand.

Weitere linksextreme Parteien und Gruppierungen

Neben der MLPD gibt es noch die Deutsche Kommunistische Partei (DKP), deren 4.000 Mitglieder sich größtenteils weiterhin dem Sowjetkommunismus verbunden fühlen. Als weitere linksextreme Gruppierungen sind u. a. der militante Teil der Antifa, die trotzkistische Organisation „Linksruck“ und deren Nachfolgeorganisation „marx21“ sowie die „Freie Arbeiter Union (FAU)“ und die „Interventionistische Linke (IL)“ zu nennen.

„Ob mit Gewalt oder gewaltfrei: Wir sollten keine Form des Extremismus relativieren.“

Prof. Eckhard Jesse,
Extremismusexperte an der TU Chemnitz

„Die Linksextremismen in unserem demokratischen Verfassungsstaat können in zwei Grundformen unterschieden werden: Während die Kommunistische Plattform mit Blick auf Ideologie, Strategie und Organisation einen weichen Linksextremismus vertritt, ist die MLPD Repräsentant eines harten Extremismus. Gruppierungen, die Gewalt propagieren bzw. sogar Gewalt anwenden, wie die Autonomen, gehören ebenfalls zum harten Linksextremismus. Beide Extremismusformen stellen eine Gefahr für die Demokratie dar. Ein harter Linksextremismus läuft auf eine totalitäre Diktatur hinaus, ein weicher auf eine autoritäre Diktatur oder eine ‚defekte Demokratie‘.“

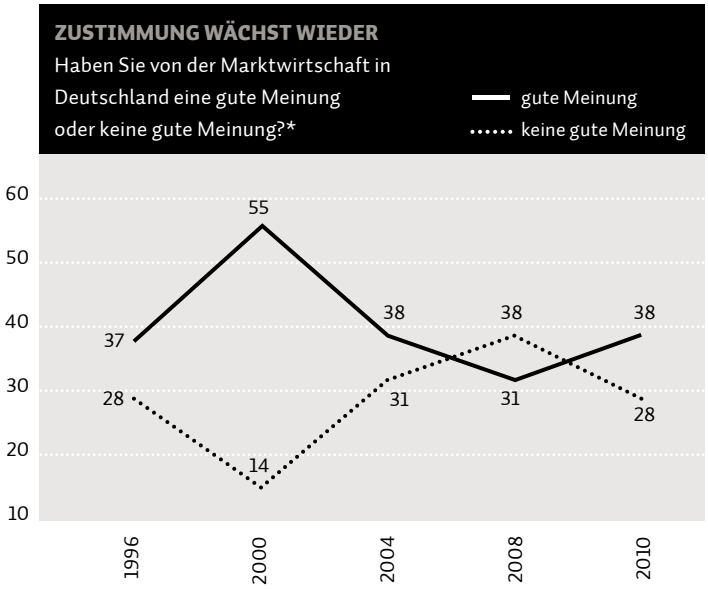
Positionen

Argumente des Linksextremismus

GEWALTTATEN VON LINKSEXTREMISTEN gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten (Körperverletzungen)

2010	**308**
2009	**304**
2008	**220**
2007	**226**
2006	**277**
2005	**249**
2004	**149**
2003	**134**
2002	**114**

Quelle: Verfassungsschutzberichte von 2002 bis 2010



* Bis Oktober 2004: „... in der Bundesrepublik ...“ Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 6038, 6096, 7062, 10021, 10049

Anti, Anti, Anti: Kapitalismus, Nationalismus, Imperialismus

Für viele Linksextremisten gibt es zwischen dem Kapitalismus des 19. Jahrhunderts und der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland heute keinen Unterschied. Der Kapitalismus wird generell als verantwortlich für die ungerechte Verteilung von Wohlstand und Teilhabe in Deutschland und in der Welt betrachtet. Nach diesem Verständnis kann beispielweise die Armut nur durch sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaften überwunden werden. Hintergrund dieser Vorstellung ist, dass der so verstandene Kapitalismus in seiner globalen Entwicklung auch die Nationalstaaten erschaffen hat, um einen einheitlichen Binnenmarkt zum Vorteil des Kapitals bzw. der Unternehmer durchzusetzen. Nach diesem Geschichtsverständnis haben die neuen „kapitalistischen (National-)Staaten“ anschließend in der Phase des Imperialismus die Entwicklungsländer erobert. Dieser vermeintlich historische Ablauf wird als Ursache für die Unterentwicklung vieler Staaten in der Welt und die globale Unterdrückung der sogenannten Arbeiterklasse betrachtet.

„Antifaschistische Aktion“
Das Symbol wird heute noch von autonomen Gruppen beispielsweise bei Demonstrationen benutzt; die rechtsextremistischen „Autonomen Nationalisten“ verwenden das Symbol in abgewandelter Form mit vertauschten Farben.

Antifaschismus als zentrales Argumentationsmuster zur Legitimation von Gewalt

Antifaschismus ist – wie Antikommunismus – im Allgemeinen eine demokratische Grundposition. Gleichwohl gilt, dass nicht jeder Antifaschist ein überzeugter Demokrat sein muss. Oftmals missbrauchen Linksextremisten den gesellschaftlichen Konsens, dass rechtsextreme Positionen abzulehnen sind, dahingehend, dass sie beispielsweise Gewalt gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten ausüben.

► Demokratischer Antifaschismus

In einem demokratischen Sinn wird unter Antifaschismus die Ablehnung rechtsextremistischer Positionen sowie die Ablehnung jeder Rechtsdiktatur verstanden, insbesondere des Nationalsozialismus. Dessen Vertreter hatten in Deutschland in der Zeit von 1933 bis 1945 Grundrechte aufgehoben sowie Oppositionelle und als nicht dem Volk zugehörig Definierte verfolgt und ermordet.

► Antidemokratischer Antifaschismus

Im Gegensatz dazu geht der antidemokratische Antifaschismus von der kommunistischen Faschismus-Definition aus, wonach Faschismus in wirtschaftlichen Krisen notwendigerweise aus dem Kapitalismus hervorgeht. Nach diesem Verständnis beabsichtigt ein konsequenter antidemokratischer Antifaschismus die Abschaffung des kapitalistischen Wirtschaftssystems und damit der als bürgerlich geltenden parlamentarischen Demokratie.

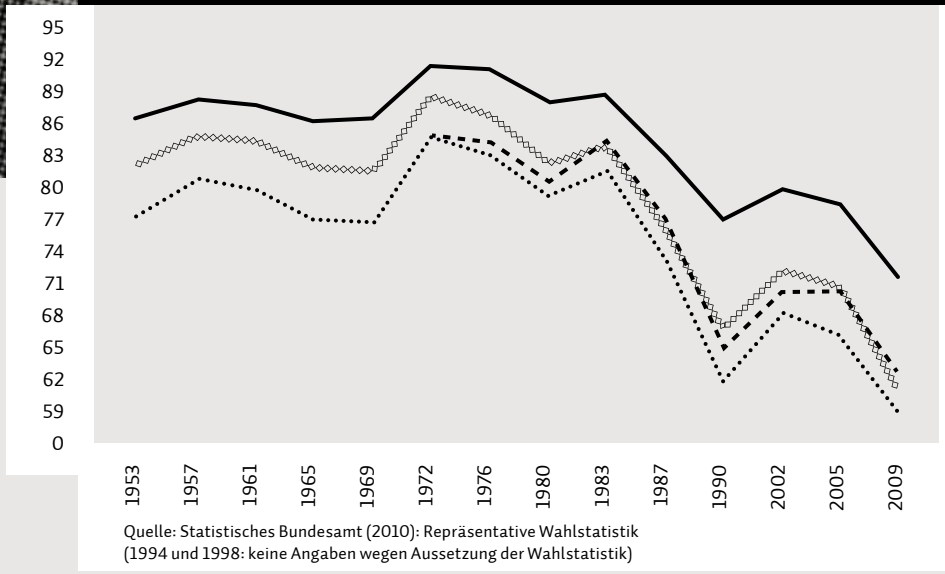
Legitimationsideologie für die DDR und sozialistische bzw. kommunistische Diktaturen

Die DDR gilt bei einigen Linksextremisten noch heute als „antifaschistischer Staat“. Dies spiegelt den Gründungsmythos der DDR wider, der selbst bis in die Endphase der 1980er-Jahre als Identitätsfaktor und Herrschaftslegitimation der SED vorherrschte. Nach dieser Logik wurde der Faschismus durch die Abschaffung des Kapitalismus und die Errichtung des Sozialismus, zumindest auf dem Territorium der DDR, endgültig überwunden. Bis heute wird diese Erklärung genutzt, um die diktatorischen Elemente der DDR zu legitimieren. Gleiches gilt für die Verklärung der Sowjetunion, die staatlichen Terrorismus ausgeübt sowie Millionen Todesopfer und Verschleppungen in die sogenannten Gulags zu verantworten hat.

Herausforderungen

Demokratie heute

WAHLBETEILIGUNG BEI UNTER 30-JÄHRIGEN
in Prozent, Bundestagswahlen 1953 bis 2009



Quelle: Statistisches Bundesamt (2010): Repräsentative Wahlstatistik (1994 und 1998: keine Angaben wegen Aussetzung der Wahlstatistik)

Geringe Wahlbeteiligung
Seit Jahrzehnten schwindet die Integrationskraft der Volksparteien und infolgedessen geht die Wahlbeteiligung in Deutschland zurück. Besonders schwer lassen sich die 20- bis 30-Jährigen für Wahlen mobilisieren. Aber auch ältere Jahrgänge gehen deutlich weniger häufig zu Bundestags- und Landtagswahlen als noch in den 1970er- oder 1980er-Jahren.

VERTRAUEN DER DEUTSCHEN IN EINZELNE BERUFSGRUPPEN
in Prozent

Berufsgruppe	2010
Feuerwehr	97
Ärzte	87
Polizisten	86
Lehrer	85
Postangestellte	84
Richter	83
Umweltschützer	76
Rechtsanwälte	72
Gewerkschafter	59
Banker	57
Beamte	56
Journalisten	42
Werbefachleute	33
Manager	17
Politiker	14

Quelle: GfK Vertrauensindex (2010): GfK Custom Research

Politikverdrossenheit

Eine weitere Herausforderung für die Demokratie in Deutschland ist die oft beklagte Politikverdrossenheit. Bürger sehen zum Teil die Politik grundsätzlich nicht mehr als glaubwürdig an. Zugleich genügt es anderen Bürgern nicht mehr, nur diejenigen zu wählen (oder auch abzuwählen), von denen sie regiert bzw. nicht mehr regiert werden wollen – sie wollen sich direkt in politische Entscheidungen einbringen.

Schlichtungskommission zum Projekt Stuttgart 21

Neue Partizipationsformen

Seit Jahren gibt es eine zunehmende neue Partizipationsbereitschaft von Bürgern. Viele Parteien wollen daher Elemente für die direkte Demokratie ins Grundgesetz bzw. in die Landesverfassungen einführen. Der Wille zur aktiven Teilhabe wurde bereits bei wichtigen (Landes-)politischen Projekten deutlich, wie etwa beim Vorhaben „Stuttgart 21“ und in der Hamburger Bildungspolitik.

Aktive Demokratie

Über Volksentscheide oder Bürgerbegehren können die Bürger in Deutschland auf Entscheidungen direkt Einfluss nehmen. 2010 wurde beispielsweise in Berlin über die Offenlegung der Wasserverträge des Berliner Senats abgestimmt. Zudem übermitteln seit 2005 viele aktive Bürger sogenannte E-Petitionen über das Internet, in denen sie Ersuche oder Beschwerden an den Deutschen Bundestag richten.

Mehr Informationen dazu unter:
https://epetitionen.bundestag.de

UMFRAGE:
WIE GUT FUNKTIONIERT DIE DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND?

Sehr gut	8 %
Gut	54 %
Weniger gut	31 %
Schlecht	6 %

Quelle: Friedrich Ebert Stiftung (2008), durchgeführt: Gesellschaft für Sozial- und Marktforschung mbH, München

Versammlungsfreiheit

Proteste stehen nach Artikel 8 des Grundgesetzes unter besonderem Schutz. Demnach gibt es für jeden Bürger grundsätzlich ein Recht auf Versammlungsfreiheit. Davon ausgenommen sind Aktivitäten bei Demonstrationen, wie sie von den Castor-Transporten unter dem Begriff „Schottern“ bekannt wurden. Diese konkrete Handlung ist eine Straftat und nicht durch das Versammlungsrecht gedeckt. Dagegen sind Sitzblockaden auf Demonstrationen laut Bundesverfassungsgericht rechtlich erlaubt. Somit unterliegen auch Protestformen Regeln, die, wenn sie missachtet werden, eingeschränkt werden können.

GRUNDGESETZ ARTIKEL 8:

(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.

(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

GRUNDGESETZ

Das Grundgesetz (GG) regelt in mehrfacher Hinsicht den Umgang mit dem politischen Extremismus. Dazu findet sich eine Reihe von Bestimmungen im Grundgesetz, die die Verfassung schützen und die Demokratie in Deutschland bewahren.

ARTIKEL 79 ABS. 3 GG:

Die Ewigkeitsklausel bildet den tragenden Pfeiler für demokratische Menschenwürde, Rechts-, Bundes- und Sozialstaatsstruktur. Die Bestimmung erklärt wesentliche Teile des Grundgesetzes, nämlich die Grundrechte, wie beispielsweise die Gleichberechtigung, Meinungsfreiheit und das Recht auf Eigentum, in Artikel 1 und 20 für unaufhebbar. Diese Bestimmung kann durch keine parlamentarische Mehrheitsentscheidung geändert werden.

Politische Bildung

Die streitbare Demokratie

Aus der Geschichte lernen …

Die streitbare Demokratie muss die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit immer wieder neu austarieren. Denn eine grenzenlose Freiheit eröffnet extremistischen Kräften politischen Spielraum. Im Gegensatz dazu erdrosselt ein Zuviel an Sicherheit die individuellen Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger in der Demokratie. Genau diese Balance war in der Verfassung der Weimarer Republik nicht gegeben. Deshalb konnte diese wenig wehrhafte Demokratie dem Aufstieg der Nationalsozialisten nicht standhalten. Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland stellte sich 1949 daher die Frage, wie eine Demokratie beschaffen sein muss, die sich erfolgreich gegen die politischen Extreme von links und rechts zur Wehr setzen kann. Einerseits kennt das Grundgesetz seither verschiedene Vorkehrungen, die den politischen Extremismus bekämpfen und abwehren. Andererseits sind es auch immer die kritischen und aktiven Bürgerinnen und Bürger gewesen, die sich für die Demokratie in Deutschland eingesetzt haben.

Parteienverbot
Das Parteienverbot kann nur durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen werden. Die Bestimmung in Artikel 21 Abs. 2 des Grundgesetzes wurde bis heute zweimal angewendet:

- 1952 wurde die zum Teil nationalsozialistische Sozialistische Reichspartei (SRP) verboten. In der SRP versammelten sich Kräfte, die die junge Demokratie in Deutschland ablehnten.
- 1956 wurde die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) verboten. Sie hatte immer wieder zum Sturz der Adenauer-Regierung aufgerufen, bekämpfte die parlamentarische Demokratie und forderte in der Tradition der Weimarer Kommunistischen Partei die Diktatur des Proletariats.

ARTIKEL 21 ABS. 2 GG:

„Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig. Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht."

... und sich selbst für die Demokratie einsetzen
Die Bewahrung der Demokratie kann nicht einfach an das Bundesverfassungsgericht, den Bundestag oder die Parteien und die Polizei abgegeben werden. Demokratie braucht Bürger, die kritische Fragen stellen, ihre Meinung sagen und sich mit den Meinungen anderer auseinandersetzen. Deshalb kommt es darauf an, dass Jugendliche bereits in der Schule lernen, wo sie sich informieren und wie sie diskutieren können.

„Ich kann nur jeden dazu ermutigen, auch das Thema Linksextremismus im Unterricht zu behandeln."

***Dr. Carmen Everts**,*
Extremismusforscherin in der Hessischen Landeszentrale für Politische Bildung

„Lehrerinnen und Lehrer stellen sich immer wieder die Frage, ob ihre Schüler für extremistische Gedanken unterschiedlicher Couleur anfällig sind. Um unsere Demokratie zu stärken, sollten wir sensibel bleiben, Jugendliche besser informieren und mit ihnen über falsche Heilsversprechen diskutieren. Durch die Auseinandersetzung mit Ideologien wie dem Kommunismus oder Sozialismus, mit dem Trugbild einer klassenlosen Gesellschaft oder eines vermeintlichen Sozialabbaus können viele Gefahren für Demokratie und Freiheit thematisiert werden. Am Ende muss die Botschaft immer lauten: Extremisten haben keine Chance, ob von rechts oder links!"

HIER KÖNNEN SICH JUGENDLICHE EINMISCHEN ...

*Das **Freiwillige Soziale Jahr** bietet Jugendlichen und jungen Erwachsenen nach dem Schulabschluss die Möglichkeit, soziale Kompetenzen zu erwerben.*
www.pro-fsj.de

***„Schekker"** ist das Jugendmagazin der Bundesregierung und erscheint jeden Monat im Internet.*
www.schekker.de

*Das EU-Programm **„Jugend in Aktion"** richtet sich an junge Leute im Alter von 13 bis 30 Jahren. Es fördert die außerschulische Bildung und das aktive Engagement junger Menschen für Europa.*
www.jugend-in-aktion.de

***„Mitmischen"** ist das Jugendportal des Deutschen Bundestages im Internet.*
www.mitmischen.de

***„Jugend debattiert"** ist ein Projekt zur sprachlich-politischen Bildung an weiterführenden Schulen in Deutschland und unterstützt die Herausbildung einer Debattenkultur.*
www.jugend-debattiert.de

*Jährlich beraten **Jugenddelegierte in New York** Diplomaten in der UN-Generalversammlung zu Jugendfragen.*
www.jugenddelegierte.de

Demokratie braucht Demokraten

EIN WORKSHOP IN DER ROBERT BOSCH STIFTUNG

Am 6. Dezember 2010 fand in der Robert Bosch Stiftung ein Workshop zum Thema „Demokratie stärken – Linksextremismus verhindern“ statt. Der Extremismusexperte Professor Eckhard Jesse von der Technischen Universität Chemnitz, Pädagogen, Jugendliche und Praktiker der außerschulischen Bildung diskutierten gemeinsam mit der Zeitbild-Stiftung über Ansätze, wie das Thema Linksextremismus mit Schülerinnen und Schülern behandelt werden sollte.

„Die Gefahren für die Demokratie sind aus meiner Sicht nicht so sehr die Gewalttaten; das sind oft einfach kriminelle Handlungen, die natürlich trotzdem als solche verfolgt werden müssen. Für mich sind manche Einstellungen und Haltungen viel bedenklicher. Beispielsweise der Antisemitismus, der Antiintellektualismus oder ein Hang zu Verschwörungstheorien bis zur Ablehnung des politischen Systems. Diesen Haltungen und Einstellungen vorzubeugen, ist Aufgabe einer demokratischen Gesellschaft, ihrer Institutionen und aller Beteiligten – besonders in der Schule.“
Vincent Steinl, Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik e.V.

„Jugendliche, aber auch viele Lehrkräfte denken erstmal, Linksextremismus ist doch gar kein Thema, wieso müssen wir jetzt darüber reden? Da ist es, glaube ich, wichtig zu zeigen, dass es erst einmal um die Frage der Demokratie geht. Alle Extremisten wollen die Demokratie schwächen, auch die Linksextremisten. Deshalb müssen wir darüber reden: nicht dämonisieren und nicht verharmlosen.“
Dr. Peter Schulze, Referatsleiter Schulkultur und Weiterbildung, Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM)

„Um Linksextremismus allein als Thema zu behandeln, reicht die Zeit einfach nicht aus. Ich kann es aber sehr gut an die Themen anbinden, die ich ohnehin in Geschichte und Politischer Bildung behandle. Allerdings gibt es bis jetzt sehr wenig Material dazu.“
Marianne Lambrecht, Konrektorin und Geschichtslehrerin, Solling-Oberschule

„Man muss sich klarmachen, dass es durchaus Unterschiede gibt. Es gibt einen harten Extremismus, der unsere politische Ordnung durch Umsturz abschaffen will. Der weiche Extremismus dagegen will die politische Ordnung von innen heraus verändern. Im Kern lehnen aber beide Formen unsere Demokratie ab."
Prof. Dr. Eckhard Jesse, Extremismusexperte, TU Chemnitz

„Als Schule habe ich ja verschiedene Aktionsfelder, auf denen ich auch über Linksextremismus informieren und diskutieren kann. Auf jeden Fall passt das Thema ausgezeichnet in den regulären Unterricht. Mit ein paar ergänzenden Informationen und Arbeitsblättern ist das kein Problem."
Bianca Ute Mende, Lehrerin, Integrierte Sekundarschule (ISS)

„Ich stelle mir zum Beispiel ein Unterrichtsmaterial vor, dass das Thema ‚Gefährdung unserer Demokratie' fächerübergreifend einbindet. Denn Jugendliche in der Ausbildung werden im Betrieb oft mit Stereotypen konfrontiert – die Berufsschule muss hier ausgleichend wirken."
Gerhard Engelhardt, Fachleitung Sonderpädagogik, Loschmidt-Berufsschule und FB Sonderpädagogik an der Berufsschule Berlin

„Der Charme außerschulischer Arbeit ist ja gerade, dass die Jugendlichen außerhalb der gewohnten Lernumgebung oft ein ganz anderes Interesse entwickeln. Wichtig ist aber, dass sie selbst etwas tun können, zum Beispiel ein Theaterstück einstudieren oder Filme drehen, um sich dem Thema emotional zu nähern. Im Grunde geht es immer um die Frage: Was geht mich das eigentlich an?"
Karsten Biermann, Referent für politische Bildung, Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg

„Wir haben in unserer Schule ein Schulprojekt zum Thema ‚Demokratie und Courage' durchgeführt. Wir haben Politiker zu Diskussionen eingeladen, haben Vorträge gehört, Filme gesehen, Musik analysiert und vieles mehr. Das alles haben Schüler geplant und umgesetzt, und dabei ging es um alle Formen von Extremismus, also auch um Linksextremismus."
Lutz Schülein, ehemaliger Schüler der Manfred-von-Ardenne-Schule in Berlin und Träger des Preises „Für Demokratie und Zivilcourage 2010" des Bezirksamtes Lichtenberg

Didaktische Empfehlungen für Lehrkräfte

HINWEISE ZUM EINSATZ DER MATERIALIEN IM UNTERRICHT

Auf den folgenden Seiten finden Sie Arbeitsblätter, die Sie an der perforierten Linie heraustrennen und für den Einsatz im Unterricht kopieren können. Anhand von zahlreichen Abbildungen, Zitaten sowie Liedtexten und Zeitungsartikeln erhalten die Schülerinnen und Schüler vertiefende Informationen zu den im Magazin behandelten Themen. Jugendgerechte Aufgaben regen eine ***selbstständige und differenzierte Auseinandersetzung mit dem Thema Linksextremismus*** an.

Durch die Auseinandersetzung mit linksextremistischen Denk- und Handlungsmustern sollen die Jugendlichen erkennen, dass die vermeintlich einfachen, eindimensionalen Lösungsansätze sozialer Problemlagen utopisch und gefährlich sind. Ziel der Unterrichtseinheit ist es, Schlüsselkompetenzen zur Auseinandersetzung mit antidemokratischen, gewaltorientierten Ideologien zu vermitteln. Den Jugendlichen wird so ihre ***eigene Verantwortung für die Verwirklichung und Sicherung der Demokratie*** nahegebracht. Sie lernen, dass die Aushandlung kontroverser gesellschaftlicher Interessen öffentlichen Diskurs und Kompromisse erfordert.

Die Arbeitsblätter sind für ein fächerübergreifendes Unterrichtsprojekt zum Thema Linksextremismus konzipiert. Sie können jedoch auch unabhängig voneinander und in anderer Reihenfolge genutzt werden, sodass je nach Interessenlage und Unterrichtsvoraussetzungen einzelne Themen vertieft behandelt werden können. Die einzelnen Themen eignen sich als Ausgangspunkt für Referate und die Gestaltung einer gemeinsamen Plakatwand. Durch die verschiedenen didaktischen Zugänge werden zudem wichtige Kompetenzen wie Diskussions- und Argumentationsfähigkeit, Textverständnis, Perspektivübernahme und Abstraktionsvermögen trainiert.

Lehrplananbindung
Die Beschäftigung mit dem Thema Extremismus ist in den Lehrplänen aller Bundesländer vorgesehen. Linksextremismus kann sowohl im Kontext allgemeiner extremistischer Gefahren für die Demokratie als auch als eigenständiger Themenkomplex behandelt werden. Dennoch ist eine Auseinandersetzung mit diesem Thema eher selten. Gründe dafür sind die geringere Sensibilität als beim Thema Rechtsextremismus sowie die mangelhafte Materiallage. Das vorliegende Zeitbild Wissen bietet Anregungen für eine kritische Auseinandersetzung mit linksextremistischen Denk- und Handlungsmustern im Unterricht und fördert so eine erste Annäherung an das Thema. Durch die unterschiedlichen didaktischen Zugänge ist der Themenkomplex Linksextremismus für einen fächerübergreifenden Unterricht anschlussfähig.

Generell eignen sich alle enthaltenen Arbeitsblätter für ein Unterrichtsprojekt in den Fächern ***Politische Bildung, Politik, Gesellschaft, Gemeinschafts- und Sozialkunde.*** Darüber hinaus bieten sich durch Textanalysen und Medienvergleiche zahlreiche Anknüpfungspunkte für den ***Deutschunterricht***. Anhand von Zitaten und Slogans lässt sich in ***Religion*** oder ***Ethik*** über gesellschaftlichen Zusammenhalt und Werte diskutieren. Im ***Wirtschaftsunterricht*** wird ein Diskurs über die verschiedenen gesellschaftlichen Wirtschaftsformen angeregt und die Analyse der linksextremistischen Symbolsprache schafft eine Verbindung zum ***Kunstunterricht***.

DIE ARBEITSBLÄTTER IM ÜBERBLICK

AB 1:
Musik mit Misstönen
Textinterpretation mit 80er-Jahre-Punk: Wer lehnt unsere Demokratie ab?

AB 2:
Gewaltmonopol des Staates
Grundsatzdiskussion zum aktuellen Geschehen: Wer darf Gewalt anwenden?

AB 3:
Stärken und Schwächen der Demokratie
Demokratische Stärken-und-Schwächen-Analyse: Macht Demokratie handlungsunfähig?

AB 4:
Wie demokratisch ist Deutschland? – Das sagen die Parteien
Zuordnung von Wahlprogrammen: Wie stehen die Parteien zur Demokratie?

AB 5:
Antifaschismus ist nicht gleich Antifaschismus
Textanalyse zur Differenzierung eines Begriffs: Ist jeder Antifaschist ein Demokrat?

AB 6:
Mein Haus, dein Haus – ein Rollenspiel
Anleitung für ein Rollenspiel zum Thema Hausbesetzung

AB 7:
Extremismus im Vergleich
Grundrechte im Fadenkreuz: Wogegen stellen sich Linksextremisten?

AB 8:
Ein Ereignis, zwei Medienberichte
Vergleichende Medienanalyse mit Perspektivwechsel: Berichten linke Medien anders?

AB 9:
Symbole und Sprüche des Linksextremismus
Propaganda im Fokus: Was drücken extremistische Symbole und Slogans aus?

AB 10:
Wie macht man gleich?
Debatte zur sozialen Ungleichheit: Veränderung durch Reform oder Revolution?

ARBEITSBLATT 1

Musik mit Misstönen

Demokratie

So, du denkst, du kannst mich täuschen
Mit deinem Begriff „Demokratie“
Ein System ohne Unterdrückung
Ich sage dir, das klappt wohl nie

Politisch links, politisch rechts
Das hat doch alles den selben Klang
Regierung bleibt Regierung
Und Regierung, das heißt Zwang

Demokratie!
Demokratie – die klappt wohl nie!

Wir haben keine Möglichkeit zur Veränderung
Der Politikerkreis ist zu
Nur ein kleiner Teil hat das Sagen
Ich nenne das eine Diktatur

Die Staatsideen von „Recht + Freiheit“
Sind zwar Rentnern frei genug
Doch das demokratische System
Ist ein einziger Betrug

Die deutsche Punkband Slime wurde 1979 gegründet. Ihre Konzerte gingen häufig mit Krawallen und Straßenschlachten einher.

Quelle: Slime, Yankees raus (Slime Tonträger, 1982/2007)

SCHON GEWUSST?

Die repräsentative Demokratie in Deutschland verfügt über einige Elemente der direkten Demokratie, über die die Bevölkerung einzelne politische Entscheidungen unmittelbar selbst treffen kann. Auf den drei Ebenen Bund, Länder und Kommunen ist das unterschiedlich geregelt:
In den Kommunen können beispielsweise Bauprojekte oder Haushaltsentwürfe durch Bürgerbegehren und Bürgerentscheide direkt vom Volk beeinflusst werden.
In den Ländern hängt es von der jeweiligen Landesverfassung ab, ob ein Volksentscheid Entscheidungs- oder Empfehlungscharakter hat.
Für den Bund sieht u. a. Artikel 29 des Grundgesetzes vor, über eine Neugliederung des Bundesgebiets in ganz Deutschland abzustimmen.

AUFGABEN:

1. Recherchiert, ob es Elemente der direkten Demokratie in eurem Bundesland gibt und wann es in der Vergangenheit zu einer Abstimmung zu welchem Thema gekommen ist.

2. Lest euch das Lied durch und diskutiert in der Gruppe die Liedzeile „Wir haben keine Möglichkeit zur Veränderung“.

3. „Demokratie ist die schlechteste Regierungsform – außer all den anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind.“ Mit diesem Zitat des britischen Premierministers Winston Churchill von 1947 wird die Demokratie ebenfalls kritisiert. Worin bestehen die Unterschiede in der Kritik?

ARBEITSBLATT 2

Gewaltmonopol des Staates

Das Gewaltmonopol des Staates stellt sicher, dass nicht das Recht des Stärkeren gilt. Damit sorgt dieses wichtige Prinzip dafür, dass nicht jeder nach seinen eigenen Vorstellungen anderen Menschen Schaden zufügen kann oder womöglich Interessen mit Gewalt durchgesetzt werden.

Nur der Staat darf zur Durchsetzung des Rechts Gewalt anwenden – und das nach genau festgelegten Regeln. Beispielsweise übt die Polizei das Gewaltmonopol aus, wenn sie einen Ladendieb stoppt oder einen bewaffneten Geiselnehmer überwältigt. Dabei ist die Anwendung körperlicher Gewalt auch für staatliche Institutionen nur zulässig, wenn sie dem „Grundsatz der Verhältnismäßigkeit" genügt. Das heißt: wenn es keine anderen Möglichkeiten gibt.

SCHON GEWUSST?

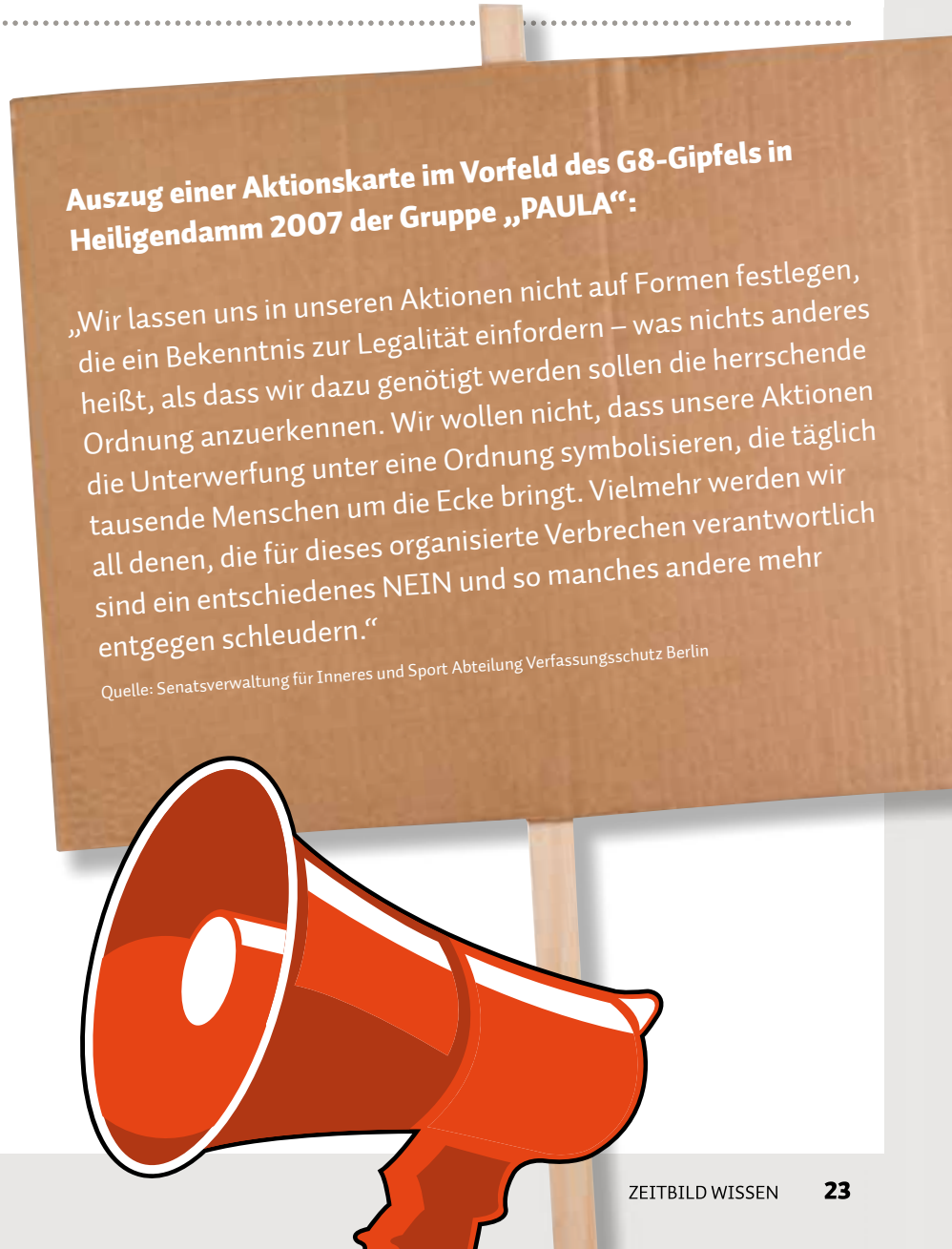
Bürger dürfen nur in Ausnahmefällen Gewalt anwenden. Zum Beispiel wenn sie bedroht werden und in Notwehr handeln. Notwehr bedeutet, dass es keine andere Möglichkeit gibt, sich zu verteidigen. Ob aber eine Handlung tatsächlich als Notwehr zu beurteilen ist, oder ob dies nur vorgeschoben wird, um eine Gewalttat zu vertuschen, prüfen Gerichte im Ernstfall sehr genau.

AUFGABEN:

1. Lest den Textauszug der Gruppe „PAULA". Erklärt mit euren eigenen Worten, was die Gruppe unter den Schlüsselbegriffen „Legalität", „herrschende Ordnung" und „organisiertes Verbrechen" versteht.

2. Im Text wird am Ende mit Gewalt gedroht. Diskutiert, ob dies im Kontext des G8-Gipfels als Notwehr gelten kann oder nicht.

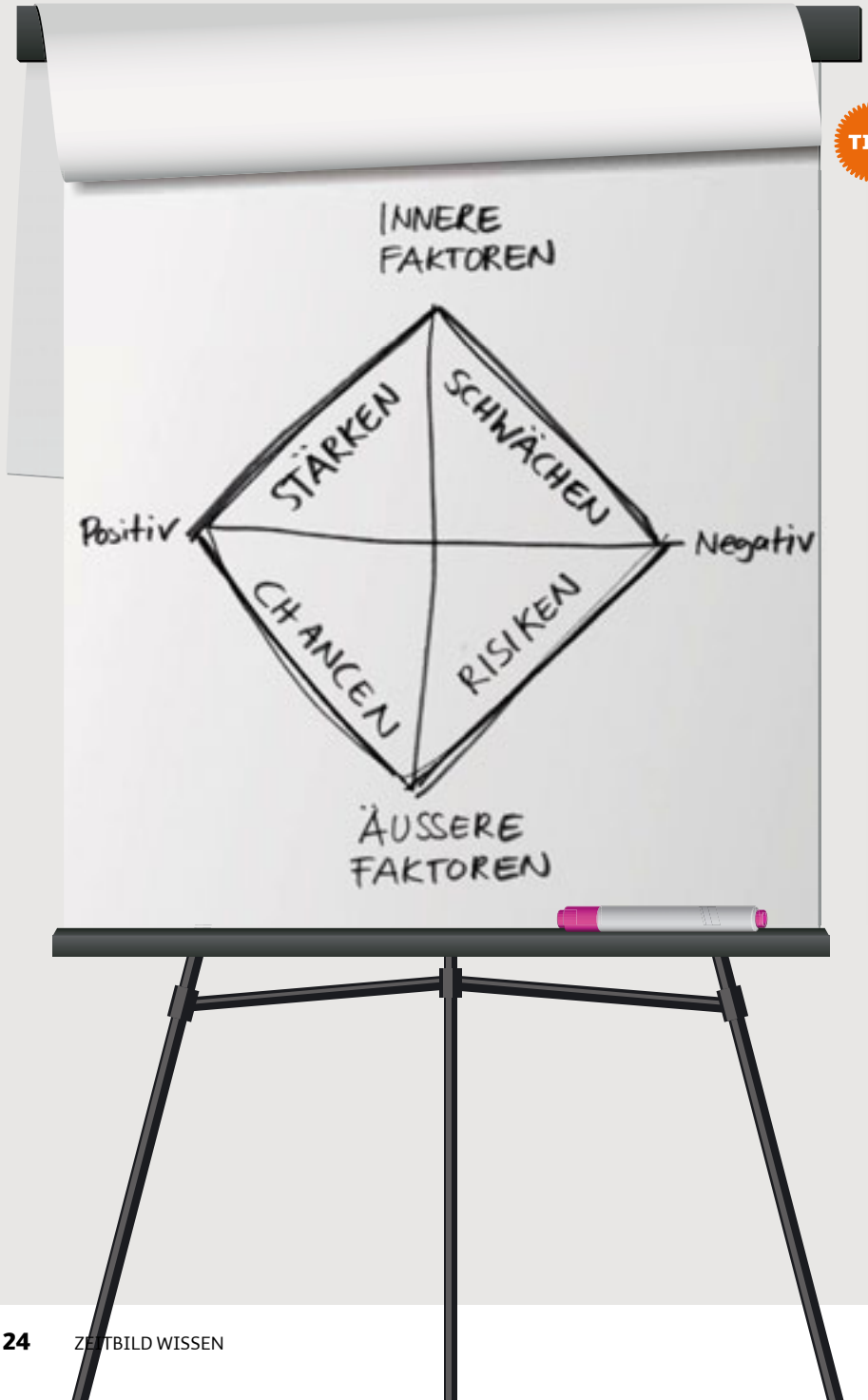
3. Das Grundgesetz gesteht in Artikel 20 Absatz 4 jedem Deutschen ein Recht auf Widerstand zu. Diskutiert den historischen Hintergrund dieser Bestimmung und hinterfragt, ob das Widerstandsrecht auch bei G8-Demonstrationen zutrifft.



ARBEITSBLATT 3

Stärken und Schwächen der Demokratie

In einer Umfrage von 2008 zeigten sich 62 Prozent der Befragten zufrieden mit der Demokratie in Deutschland. Doch gut ein Drittel der Befragten (31 Prozent) ist weniger zufrieden und sechs Prozent finden sogar, dass die Demokratie schlecht funktioniert.*



AUFGABE 1:
Fühlt unserer Demokratie auf den Zahn und unterzieht sie gemeinsam einer SWOT-Analyse! Welche Stärken und Schwächen birgt unser politisches System? Wo liegen die Chancen für die Demokratie? Und welche Gefahren drohen ihr? Tragt eure Ergebnisse in die Matrix ein.

TIPP Verwechselt Stärken nicht mit Chancen. Chancen sind günstige Bedingungen, die beispielsweise demokratische Prozesse fördern. Was könnte das sein?

SWOT-Analyse

Eine sogenannte SWOT-Analyse ist die Analyse von Stärken (Strengths), Schwächen (Weaknesses), Chancen (Opportunities) und äußeren Bedrohungen (Threats). Sie kann beispielsweise im betrieblichen Management zur Analyse der bestehenden Situation und für die Strategieplanung eingesetzt werden.

AUFGABE 2:
Bildet vier Teams und holt Meinungen von Fachleuten ein. Bittet Vertreterinnen und Vertreter der Presse, der Polizei, der Politik und der Sozialarbeit um ihre Einschätzung zu den Stärken und Schwächen der Demokratie und ergänzt damit eure SWOT-Analyse.

AUFGABE 3:
Überlegt, wie die Demokratie am besten funktionieren kann. Fragen, die euch dabei helfen können, sind z. B.: Durch welche Stärken können Gefahren am besten abgewehrt werden? Welche Chancen können Schwächen ausgleichen?

*Quelle: Friedrich Ebert Stiftung (2008), durchgeführt: Gesellschaft für Sozial- und Marktforschung mbH, München

ARBEITSBLATT 4

Wie demokratisch ist Deutschland?

Demokratie bedeutet auch, die Wahl zwischen verschiedenen Parteien und deren Programmen zu haben. Doch manche Parteien sind zwar selbst innerhalb des politischen Systems aktiv, halten es aber trotzdem nicht für erhaltenswert. Hier findet ihr die Stellungnahmen verschiedener Parteien zu der Aussage:

„Die Demokratie, die wir in der Bundesrepublik haben, ist die beste Regierungsform."

DIE PARTEIEN:

- ☐ Piratenpartei Deutschland
- ☐ FDP
- ☐ MLPD
- ☐ Bündnis 90/Die Grünen
- ☐ CDU/CSU
- ☐ DKP

AUFGABE 1:
Lest euch die Aussagen genau durch und ordnet sie den richtigen Parteien zu.

TIPP Noch mehr Parteienvergleiche findet ihr auf www.wahl-o-mat.de

AUFGABE 2:
Stimmt ihr den jeweiligen Aussagen zu? Begründet eure Meinung.

A Obwohl es noch eine Reihe bürgerlich-demokratischer Rechte gibt, handelt es sich nicht um eine Demokratie, sondern um eine Diktatur der Monopole über die gesamte Gesellschaft. Die Organe der Monopole sind mit den Organen des Staatsapparats verschmolzen. Sie haben sich den Staat untergeordnet.

B Demokratie ist in der Bundesrepublik Deutschland die Reduktion auf die Teilnahme an Wahlen auf verschiedenen Ebenen. Über die wirklich entscheidenden Fragen gesellschaftlicher Entwicklungen entscheidet die Bevölkerung nicht mit. Mehrheiten der Bevölkerung sind heute gegen den Afghanistan-Einsatz, gegen die Rente mit 67, gegen Hartz IV. Die Mehrheit der Bevölkerung empfindet das jetzige System als ungerecht. Dennoch, es ändert sich faktisch nichts. Eine wirkliche Meinungsvielfalt gibt es nicht.

C Andere Staatsformen haben bewiesen, dass sie nicht funktionieren. Demokratie ist die einzige Staatsform, die Freiheit, Menschenrechte und Mitbestimmung garantieren kann und flexibel genug ist, neue Herausforderungen zu bewältigen. Aber es gilt immer wieder, Demokratie neu zu wagen, den Einfluss des Politischen zurückzukämpfen. Dazu braucht es aktive Demokratinnen und Demokraten – Demokratie lebt von Beteiligung. Und weiter verbessern – etwa durch direkte Demokratie – geht immer.

D Die Demokratie ist die einzig richtige Regierungsform. Die genaue Ausgestaltung der Regierungsform ist abhängig von der politischen Kultur eines Staates. Es gibt unterschiedliche Formen von Demokratien mit den ihnen jeweils spezifischen Vor- und Nachteilen. Wir halten die parlamentarische Demokratie für die beste Regierungsform für Deutschland. Wie genau ein demokratischer Staat aufgebaut sein soll, muss letztlich durch das jeweilige Volk entschieden werden.

E Wir bekennen uns uneingeschränkt zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland.

F Die Unantastbarkeit der Würde des Menschen, sozialer Rechtsstaat und parlamentarische Demokratie stehen unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. Das ist einmalig in der deutschen Geschichte. Die Soziale Marktwirtschaft ist das Erfolgsmodell, das es uns auch in Zukunft ermöglicht, in Freiheit, Wohlstand und Sicherheit zu leben. Wir bekennen uns zu unserem Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell auch als Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung.

ARBEITSBLATT 5

Antifaschismus ist nicht gleich Antifaschismus

24

In einem demokratischen Sinne verstand sich etwa die liberale Opposition gegen Mussolini schon in den 1920er-Jahren als antifaschistisch. Und in diesem Sinne fand die Bezeichnung gro e Verbreitung: als Ausdruck der Ablehnung einer autorit□ten Diktatur, die im angeblichen Namen von Nation und Volk Grundrechte aufhob und Oppositionelle verfolgte. Als Antifaschisten in diesem Sinne verstanden sich aber nicht nur die Gegner von Mussolinis Regime in Italien. Auch im Spanischen B rgerkrieg von 1936 bis 1939 und nach dem Sieg Francos bezeichneten sich viele Gegner seiner Milit□rdiktatur als Antifaschisten. Insofern handelt es sich bei diesem Begriff auch um einen positiv besetzten Terminus, d. h. mit dieser Selbstbezeichnung geht in demokratischen Gesellschaften eine anerkennende und wohlwollende Wahrnehmung einher.

25

„Die (...) kommunistische Faschismus-Definition geht demgegenbe r davon aus, dass Faschismus in wirtschaftlichen Krisen notwendigerweise aus dem Kapitalismus folgt. Damit beabsichtigt ein konsequenter Antifaschismus in diesem Sinne die Abschaffung der Wirtschaftsordnung des Kapitalismus und damit auch der als br gerlich geltenden parlamentarischen Demokratie. Insofern richtet sich ein solches Verst□ndnis der Kommunisten nicht nur gegen Faschisten bzw. Rechtsextremisten, sondern auch gegen br gerliche Demokraten unterschiedlichster Ausrichtung. Daher war und ist dieses Faschismusverst□ndnis ein politisches Instrument zur ideologischen Legitimation der eigenen Machtansprc he, das je nach den konkreten Rahmenbedingungen taktisch unterschiedlich angewandt wurde und wird: In scheinbaren revolution□ren Situationen weitet man das Faschismusverst□ndnis bis auf die Sozialdemokratie aus, bei eher marginaler Bedeutung strebt man be r den Antifaschismus auch Bndnisse mit br gerlichen Kr□ften an.

Quelle: Pfahl-Traughber, Armin (2008): Antifaschismus als Thema linksextremistischer Agitation, Bündnispolitik und Ideologie, Bundeszentrale für politische Bildung

AUFGABE :
Lest die beiden Texte zum Antifaschismus durch und belegt anhand der Texte die These, wonach nicht jeder Antifaschist ein Demokrat sein muss.

ARBEITSBLATT

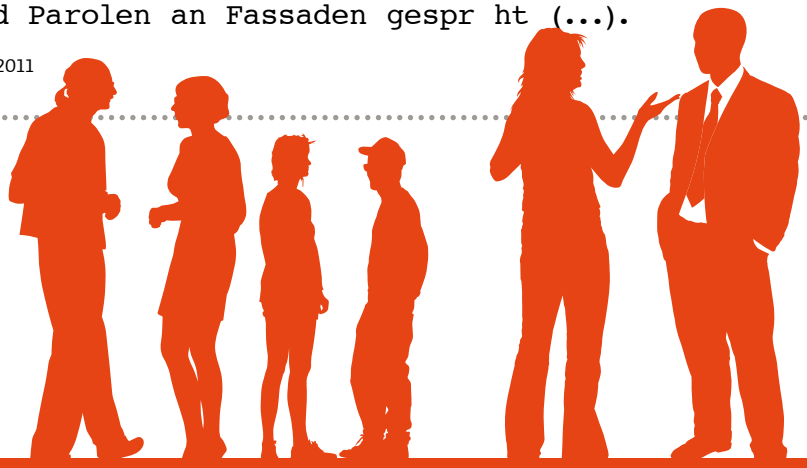
Mein Haus, dein Haus – ein Rollenspiel (A)

Auf verlorenem Posten ++++

BERLIN, 1. Februar. An diesem Mittwoch soll um acht Uhr morgens das Haus Nummer 14 in der Liebigstra e im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg ger□umt werden. Die etwa zwei Dutzend Personen, die seit 1990 das Haus – erst als Besetzer, dann als Mieter – bewohnen, wollten mit einem Eilantrag beim Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg die R□umung verhindern, das lehnte das Gericht ab, die Bewohner legten Beschwerde ein. Dass es in der Auseinandersetzung neue Argumente geben k□nnte, ist schwer vorstellbar. Das Haus wurde verkauft, der neue Eigent mer hat den Bewohnern gek ndigt, die in den vergangenen zwanzig Jahren miterleben konnten, wie sich die Gegend um den Bersarinplatz von einem heruntergekommenen zu einem begehrten Wohnquartier entwickelte.

Die Berliner Gr nen, die in Kreuzberg-Friedrichshain den B rgermeister stellen, forderten alle, die sich in der Liebigstra e 14 rechtswidrig aufhalten , auf, das Haus friedlich zu verlassen. Ausdr cklich verurteilten sie Gewalt und Ausschreitungen. Zu Gewalt – vierzig Polizisten und ein Journalist wurden durch Stein- und Flaschenw rfe verletzt – war es bei einer Demonstration gegen die bevorstehende R□umung am Samstag gekommen, es wurden Farbbeutel geworfen und Parolen an Fassaden gespr ht (...).

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. Februar 2011



ANLEITUNG:

1. Lest den Zeitungsartikel und erstellt eine Mindmap mit Stichworten zu den dort beschriebenen Problemlagen. Arbeitet die verschiedenen Personen heraus und macht deren Konflikte zueinander deutlich.

2. Wählt nun eine Person aus oder entwickelt selbst eine Figur und versucht euch in deren Interessenlage hineinzuversetzen.
Tipp: Auf der zweiten Seite findet ihr eine Ideensammlung zu Punkt eins und zwei.

3. Tragt die Argumente eurer Figur der Klasse vor. Der „Journalist“ bzw. die „Journalistin“ fasst die Ausgangslage zusammen. Anschließend versuchen die Figuren, in Einzel- oder Gruppengesprächen Lösungen zu entwickeln. Über diese Gespräche unterrichtet der „Journalist“ bzw. die „Journalistin“ die Klasse.

4. Die Lösungsvorschläge werden der Klasse präsentiert, die über die Vorschläge abstimmt.

ARBEITSBLATT

Mein Haus, dein Haus – ein Rollenspiel (B)

Anwohner
„Ich will hier endlich wieder Ruhe haben.“

Bürgermeister
„Wir brauchen in dieser Straße seit Jahren Investitionen in die Altbauten, um den Szene-Charakter des Viertels für Familien, Kreative und Touristen weiter entwickeln zu können.“

Eigentümer
„Ich möchte über mein Eigentum selbst entscheiden und verfügen können.“

Hausbesetzer
„Es gibt viel zu wenig billige Wohnungen und keine Möglichkeit für uns, unsere ‚nicht-bürgerliche‘ Lebensweise zu führen.“

Journalist
„Geht es hier wirklich um ‚Gentrifizierung‘ oder wollen ein paar Gewaltbereite nur Krawall machen?“

Konfliktbetreuer
„Ziel muss es sein, einen Kompromiss zu finden. Dazu habe ich einen guten Vorschlag: Mietwohnungen in einem anderen Stadtbezirk.“

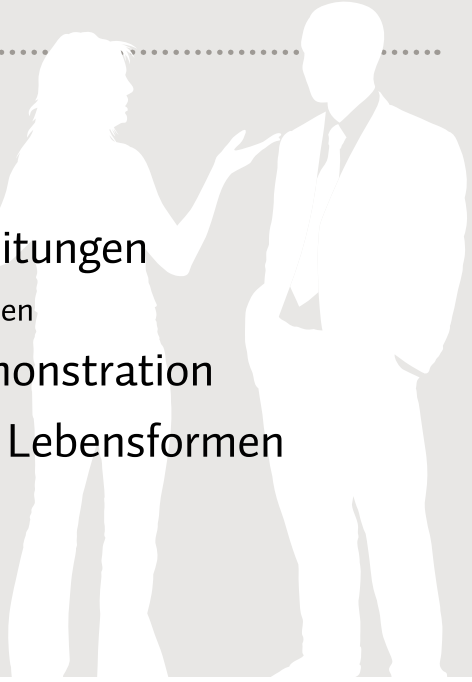
Cafébesitzer
„Seit Jahren gehen in diesem Haus Leute ein und aus, die nicht hierher passen. Für mein bekanntes Café würde ich es lieber sehen, wenn dort gutsituierte Familien wohnen würden.“

Polizei
„Unsere Aufgabe ist es laut Gerichtsbeschluss, dem Eigentümer zu seinem Recht auf Privateigentum zu verhelfen.“

Gewaltbereiter
„Mit legalen Mitteln erreicht man in diesem System nichts. Nur durch Widerstand können wir auf Missstände aufmerksam machen.“

MÖGLICHE STICHWORTE

Besetzung
Kriminalität
Stadtverfall
Gewalt und Ausschreitungen
Immobilienverkauf
Solidarität
Sanierungsvorhaben
Kompromiss/Schlichtung
Neubauten
soziale Teilhabe
Demonstration
Räumung
alternative Lebensformen
Mietpreise
Privateigentum
Gentrifizierung



ARBEITSBLATT 7

Extremismus im Vergleich

Artikel 1, Absatz 1:
Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Artikel 3, Absatz 3:
Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 5, Absatz 1:
Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

Artikel 4, Absatz 1:
Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
Absatz 2:
Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.

Artikel 8, Absatz 1:
Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.

Artikel 14, Absatz 1:
Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.

AUFGABEN:

1. Lest die Definitionen des Bundesamtes für Verfassungsschutz zu den drei Extremismen Rechtsextremismus, Linksextremismus und islamistischen Extremismus hier nach: *www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder.* Notiert, welche Denk- und Verhaltensweisen jeweils dahinter stehen.

2. Lest euch die zitierten Grundrechte durch. Macht ein Mindmap an der Tafel und diskutiert, gegen welche Grundrechte sich die drei Extremismen jeweils stellen. Schaut auch noch mal im Grundgesetz nach. Gibt es noch weitere Grundrechte, die hier betroffen sein könnten? Gelten die jeweiligen Grundrechte uneingeschränkt?

TIPP Das Grundgesetz findet ihr hier: www.bundestag.de/dokumente/rechtsgrundlagen/grundgesetz/gg_01.html

ARBEITSBLATT 8

Ein Ereignis, zwei Medienberichte

Im Jahr 1890 demonstrierten erstmals Millionen Arbeiter am 1. Mai in mehreren Ländern gleichzeitig für bessere Arbeitsbedingungen. Bis heute ist der 1. Mai der „Tag des Bekenntnisses zu Freiheit und Frieden, sozialer Gerechtigkeit, Völkerversöhnung und Menschenwürde", bei dem vor allem die Anhänger von Gewerkschaften für die Rechte der Arbeitnehmer auf die Straße gehen.

Neben den politischen organisierten Demonstrationen gibt es seit den 1980er-Jahren jedoch auch regelmäßig Ausschreitungen, vor allem im Zusammenhang mit den sogenannten Revolutionären 1.-Mai-Demonstrationen, die Autonome und Antifa-Gruppen in Berlin Kreuzberg, aber auch in anderen Städten durchführen.

AUFGABE 1:
Vergleicht die beiden Zeitungsausschnitte. Welche Unterschiede in der Berichterstattung lassen sich erkennen?

MELDUNG 1

junge Welt, 3. Mai 2010

Zu »Revolutionären 1.-Mai-Demonstrationen« fernab der Gewerkschaftskundgebungen kam es unter anderem in Nürnberg, Wuppertal, Magdeburg und Karlsruhe. In Berlin nahmen über 15000 Menschen an der Demonstration teil, die unter dem Motto »Die Krise beenden – Kapitalismus abschaffen!« stand.

Während die Demonstration, die erstmalig durch Berlin-Neukölln führte, vollkommen friedlich verlief, kam es kurz nach deren Ende zu Übergriffen der Polizei, die in der Hauptstadt mit etwa 7000 Beamten im Einsatz war. Insgesamt wurden 487 Personen festgenommen, darunter 286 Neonazis. Immer wieder gingen die Beamten, die aus verschiedenen Bundesländern zusammengezogen worden waren, mit Schlagstöcken und Pfefferspray brutal gegen die Anwesenden vor.

MELDUNG 2

Berliner Morgenpost, 2. Mai 2010

Auch in diesem Jahr hat es in Berlin-Kreuzberg am Abend des 1. Mai Gewaltausbrüche gegeben. Polizisten wurden immer wieder mit Steinen und Flaschen attackiert, Feuerwerkskörper flogen. Auch von Dächern wurden die Beamten mit Gegenständen beworfen. Bis Mitternacht hatte sich die Lage aber beruhigt. Die Polizei hat den Großeinsatz nach Worten von Innensenator Ehrhart Körting (SPD) hervorragend bestanden. Am Abend des 1. Mai sei es gelungen, die Gewalt im Vergleich zu 2009 zurückzudrücken, sagte Körting am Sonntag. Es habe deutlich weniger Ausschreitungen als 2009 gegeben.
(...)
Nach jetzigem Stand wurden 98 Polizisten verletzt, vier von ihnen mussten noch am Abend ihren Dienst beenden. Ein Beamter wurde in ein Krankenhaus eingeliefert. Der am Rücken verletzte Beamte hatte einen Schlag mit einem stumpfen Gegenstand in den Nacken erhalten. (...) Nach dem Täter wird gefahndet. (...)

ARBEITSBLATT

Symbole und Sprüche des Linksextremismus

Linksextremistische Gruppierungen kämpfen gegen die „kapitalistische Klassengesellschaft", die sie für die gesellschaftlichen Probleme verantwortlich machen. Bestimmte Symbole und Sprüche sollen ihre Ziele unterstreichen.

SYMBOLE:

AUFGABEN:

1. Welche Symbole werden im Zusammenhang mit Linksextremismus verwendet, und welche Bedeutung haben sie?

2. Versucht euch mit den abgebildeten Slogans auseinanderzusetzen und entwickelt knackige Slogans für die Demokratie und gegen Linksextremismus.

3. Findet ihr in eurer Umgebung auch linksextreme Symbole oder Sprüche, z. B. als Graffiti, auf Flyern oder Plakaten?

SPRÜCHE:

Wir wollen nicht ein Stück vom Kuchen, wir woll'n die ganze Bäckerei.

MACHT KAPUTT, WAS EUCH KAPUTT MACHT!

Wenn Wahlen etwas ändern würden, wären sie längst verboten.

Keine Macht für niemand!

Enteignet Eigentümer!

Gegen Staat und Kapital – Alles für alle überall!

KEIN GOTT-KEIN STAAT-KEIN MIETVERTRAG!

Grenzen auf, überall, bringt Europa jetzt zu Fall!

Bambule, Randale – Linksradikale

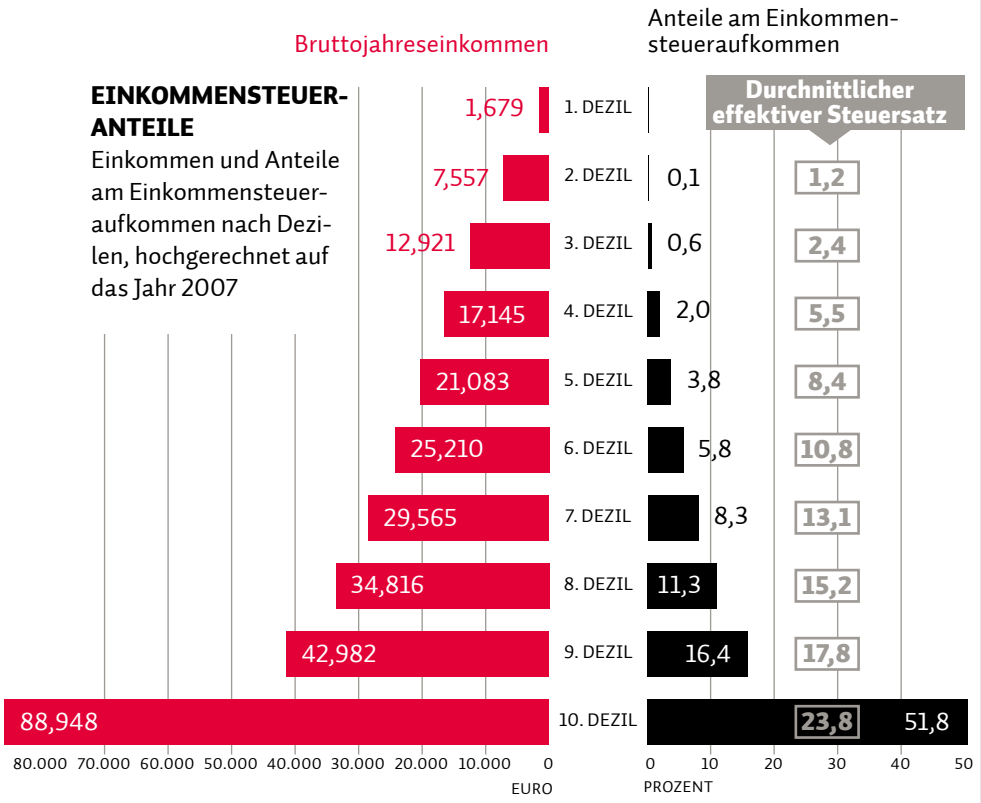
FIGHT THE SYSTEM!

LEGAL, ILLEGAL, SCHEISSEGAL!

ARBEITSBLATT 10

Wie macht man gleich?

Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) lag das gesamte Bruttovermögen der privaten Haushalte in Deutschland im Jahr 2007 bei rund acht Billionen Euro. Gleichzeitig ist der Reichtum jedoch sehr ungleich verteilt: Werden die Personen nach der Höhe ihres Einkommens geordnet und dann in zehn gleich große Gruppen (Dezile) eingeteilt, so zeigt sich für das Jahr 2007, dass das reichste Zehntel über 61,1 Prozent des gesamten Einkommens verfügt. Gleichzeitig kommt diese Gruppe für 51,8 Prozent der Einkommensteuer auf.



Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung, 2008

AUFGABE 1:
Um die Ungleichheiten in Einkommen und Vermögen auszugleichen, erhebt der Staat Steuern. Diskutiert in der Gruppe, ob es gerecht ist, dass ein Zehntel der Bevölkerung über 50 Prozent des Steueraufkommens leistet.

AUFGABE 2:
Wie steht ihr zu den Thesen unten? Stimmt in der Klasse ab und notiert euch das Ergebnis. Teilt eure Klasse anschließend in zwei Teams, die je eine der beiden Aussagen vertreten. Sammelt Argumente für eure These und überlegt euch, wie eine Lösung aussehen könnte. Wer hat die besseren Argumente? Für jedes Team dürfen zwei Vertreterinnen oder Vertreter bei einer Podiumsdiskussion antreten. Stimmt danach noch einmal über die beiden Aussagen ab und vergleicht das Ergebnis mit der ersten Abstimmung.

Linksextremisten machen die „kapitalistische Klassengesellschaft" für alle sozialen Probleme verantwortlich. Ihre Forderung: „Durch radikale Umverteilung müssen soziale Unterschiede beseitigt werden."

Forschungsprojekt LIREX (2010): Links- und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, Jena

Englische Ungleichheitsforscher halten dagegen: „Es braucht keine Revolution, um die Dinge richtig zu stellen."

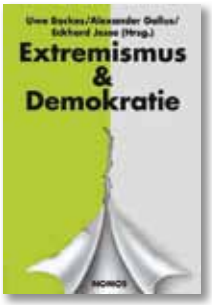
K. Pickett, R. Wilkinson (2009): Gleichheit ist Glück: Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind, Berlin

Und der österreichische Ökonom Ludwig van Mises meint: „Aber die Tatsache, dass Menschen von Geburt an verschieden sind in physischen und geistigen Begabungen, kann nicht hinwegdiskutiert werden. Einige übertreffen ihre Mitmenschen an Gesundheit und Kraft, an Verstand und Fähigkeiten, an Energie und Entschlusskraft, und sind dadurch besser als der Rest der Menschheit geeignet zum Verfolg irdischer Angelegenheiten (...)."

Ludwig von Mises (1961): Gleichheit und Ungleichheit, Chicago

Weiterführende Literatur und Internetseiten

LITERATUR



Backes, Uwe; Gallus, Alexander; Jesse, Eckhard (2010):
Jahrbuch Extremismus und Demokratie (E & D): Baden-Baden, 22. Jahrgang 2010.

Jesse, Eckhard (2003):
Linksextremismus, in: Everhard Holtmann (Hrsg.): Politik-Lexikon, München.

Moreau, Patrick; Lang, Jürgen (1996):
Linksextremismus. Eine unterschätzte Gefahr, Bonn.

INTERNETLINKS

Comic zum Linksextremismus:
Abenteuer von Andi und seinen Freunden, die sich wieder für Demokratie und gegen Extremismus einsetzen.
Mehr unter: ***www.andi.nrw.de***

Dossier zum Linksextremismus:
Fakten, Hintergrund und Debatte zur Thematik von der Bundeszentrale für politische Bildung.
www.bpb.de/themen/OMZTC7,0,Linksextremismus.html

Bundesamt für Verfassungsschutz:
www.verfassungsschutz.de

Landesämter für Verfassungsschutz:
www.verfassungsschutz.berlin.de
www.verfassungsschutz.brandenburg.de
www.verfassungsschutz.niedersachsen.de
www.verfassungsschutz.nrw.de

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:
www.bmfsfj.de

Zusatzinformationen – Quellen und Erläuterungen

S. 4/5

Extremismus:
Jesse, Eckhard (2002): Extremismus, online: www.bpb.de/themen/IH2RTn,0,0,Extremismus.html.

Linksextremismus:
Bundesamt für Verfassungsschutz (2007): Verfassungsschutzbericht 2006 (Anm. 6), S. 144, online: www.verfassungsschutz.de/de/publikationen/verfassungsschutzbericht/vsbericht_2006.

Islamistischer Extremismus:
Landesamt für Verfassungsschutz Brandenburg (2010), online: www.verfassungsschutz.brandenburg.de/cms/detail.php/lbm1.c.336523.de.

SRP-Verbot:
Bundesverfassungsgericht (1952): Das Urteil des Bundsverfassungsgerichts von 1952 im Wortlaut, online: www.servat.unibe.ch/dfr/bv002001.html.

Befragungen zu den links- und rechtsextremistischen Einstellungen:
Edinger, Michael (2010): Links- und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland – Forschungsprojekt LIREX, Friedrich-Schiller-Universität Jena, online: www.soziologie.uni-jena.de/soziologie_multimedia/Downloads/LSBest/ Projekt_Lirex.pdf.

Art der Befragung
Repräsentative Haushaltsbefragung in Form einer Telefonbefragung.

Befragte
2.660 vollständig realisierte Interviews, darunter Interviews mit je 1.000 Wahlberechtigten in Ost- und Westdeutschland.

Befragungszeitraum
7. September bis 23. Oktober 2009.

Umfrage zum Terrorismus:
TNS Emnid Medien- und Sozialforschung GmbH (2007) für BILD am Sonntag.

Art der Befragung
Repräsentative Haushaltsbefragung in Form einer Telefonbefragung.

Befragte
1.500 Personen in Deutschland.

S. 6/7

Polizei-Studie:
Ellrich, Karoline; Baier, Dirk; Pfeiffer, Christian (2010): Zentrale Befunde des zweiten Forschungsberichts des Projekts Gewalt gegen Polizeibeamte ‚zu den Tätern der Gewalt', Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e. V. (KFN), online: www.kfn.de/versions/kfn/assets/zentralebefunde2.pdf.

S. 8/9

Definition Linksextermismus:
Bundesamt für Verfassungsschutz (2010): Linksextremismus, online: www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af_linksextremismus/.

Datenmaterial:
Bundesamt für Verfassungsschutz (2010): Verfassungsschutzberichte 2001–2010, online: www.verfassungsschutz.de/de/publikationen/verfassungsschutzbericht/.

S. 10/11

Antideutsche:
Ministerium für Inneres und Kommunales NRW (2011): Antideutsche, online: www.im.nrw.de/sch/414.htm.

Autonome:
Landesamt für Verfassungsschutz Niedersachsen (2010): Autonome, online: www.verfassungsschutz.niedersachsen.de/live/live.php?navigation_id=12290&article_id=54260&_psmand=30.

S. 14/15

Wahlbeteiligung nach Altersgruppen:
Bundeszentrale für politische Bildung (2011): Wahlbeteiligung nach Altersgruppen, online: www.bpb.de/wissen/C11SZM,0,0,Wahlbeteiligung_nach_Altersgruppen.html.

Umfrage „Wie gut funktioniert die Demokratie in Deutschland?":
Friedrich Ebert Stiftung (2008), durchgeführt: Gesellschaft für Sozial- und Marktforschung mbH, München, online: www.fes.de/aktuell/documents2008/Zusammenfassung_Studie_GPI.pdf.

Vertrauen in einzelne Berufsgruppen:
GfK Vertrauensindex (2010): Vertrauen in einzelne Berufsgruppen – GfK Custom Research, online: www.gfk.com/imperia/ md/content/presse/pressemeldungen2010/100609_pm_trust_index_2010_dfinal.pdf.

S. 23

Gewaltmonopol des Staates:
Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen (2010): Andi 3 – Linksextremismus, online: www.andi.nrw.de/andi3 /Themen/ andi3_gewaltmonopol.htm.

Linksextremisten zum G8-Gipfel 2007:
Senatsverwaltung für Inneres und Sport Abteilung Verfassungsschutz Berlin (2007): Linksextremistische Protestvorbereitungen gegen den G8-Gipfel 2007, online: www.berlin.de/imperia/md/content/seninn/verfassungsschutz/lage_g8_2007.pdf?start&ts=1306323451&file=lage_g8_2007.pdf.

S. 26

Antifaschismus:
Pfahl-Traughber, Armin (2008): Antifaschismus als Thema linksextremistischer Agitation, Bündnispolitik und Ideologie, online: www.bpb.de/ themen/Y8K5VO,0,0,Antifaschismus_ als_Thema_linksextremistischer_Agitation_B%FCndnispolitik_und_Ideologie.html.

Bildnachweise

S. 3
Dr. Kristina Schröder, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: L. Chaperon

S. 6/7
Ausgebranntes Auto: picture-alliance/dpa/epa Christian Hartmann
G8-Krawalle: picture-alliance/dpa/Bodo Marks
Chaostage: picture-alliance/dpa/Hollemann
Schanzenviertel: Libertad181
Polizei: Shutterstock
Hausbesetzer: Moritz Eyer

S. 8/9
Anarchismus: Shutterstock
Marxismus: Shutterstock
Sozialismus: Bundesarchiv: Bild 183-R66693
Kommunismus: Shutterstock

S.10/11
Anarchistische Gewalttäter: Bundesarchiv: Plak 006-001-058
Prof. Dr. Eckhard Jesse: David Ausserhofer

S. 14/15
Europawahl: picture-alliance/dpa/Stefan Sauer
Schlichtung S21: Landeshauptstadt Stuttgart/Kraufmann
Versammlungsfreiheit: carstingaxion/Carsten Bach

S. 16/17
Schüler-Diskussion: picture-alliance/dpa/Rolf Haid
Bundesverfassungsgericht: picture-alliance/dpa/Uli Deck
Dr. Carmen Everts: privat

S. 18/19
Alle: David Ausserhofer

Lösung zu AB 4 auf Seite 25:
Piratenpartei Deutschland (E), FDP (D),
MLPD (A), Bündnis 90/Die Grünen (C),
CDU/CSU (F), DKP (B)

Impressum

Zeitbild Wissen „Demokratie stärken – Linksextremismus verhindern“ ist ein Projekt der Zeitbild Stiftung, gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, September 2011.

Gesamtherstellung:
Zeitbild Stiftung, Reichenbachstr. 1, 80469 München,
www.zeitbild-stiftung.de

Verantwortlich für den Inhalt:
Bernd Woischnik

Wissenschaftliche Beratung:
Prof. Dr. Eckhard Jesse,
Technische Universität Chemnitz

Druck:
Schätzl Druck & Medien e. K., Donauwörth
Printed in Germany

Die enthaltenen Texte und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Eine kommerzielle Nutzung ist nicht gestattet. Wir erklären mit Hinblick auf die genannten Internet-Links, dass wir keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und Inhalte der Seiten haben und uns die Inhalte nicht zu eigen machen.

gefördert vom:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend